

# Jahrbuch Sexualitäten 2023



# Jahrbuch Sexualitäten

## 2023

Herausgegeben im Auftrag der  
Initiative Queer Nations  
von  
Jan Feddersen, Marion Hulverscheidt  
und Rainer Nicolaysen



WALLSTEIN VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2023  
[www.wallstein-verlag.de](http://www.wallstein-verlag.de)

Vom Verlag gesetzt aus der Aldus  
Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf  
Umschlagmotiv: Der Architekt Chen Kuen Lee mit einem Freund,  
1930er Jahre; Privatbesitz.  
Druck und Verarbeitung: Hubert & Co, Göttingen

ISBN 978-3-8353-5482-1  
ISSN 2509-2871

## INHALT

Editorial . . . . .	9
---------------------	---

### Essay

MARTIN REICHERT Am Ende von Aids? Zur Geschichte einer anfänglich fast durchweg tödlichen Infektionskrankheit. Ein persönlicher Rückblick . . . . .	17
--	----

### Queer Lectures

ANASTASIA TIKHOMIROVA »Unsere Pridefarben sind Blau und Gelb« Vom Kampf für eine queere Ukraine . . . . .	37
---	----

ALEXANDER FRIEDMAN Homosexualität – ein »unerwünschter westlicher Import«? Homo- und Queerphobie in der Sowjetunion und in der Russischen Föderation . . . . .	50
---	----

WOLFGANG VOIGT Schwule Architekten Architekturgeschichte – queer gelesen . . . . .	66
--	----

MONIKA BARZ Körperloses Geschlecht – LSBTTIQ auf dem Irrweg Persönliche Reflexion aus dem Innern der LSBTTIQ-Bewegung . . .	82
---	----

### Im Gespräch

Untenrum frei Über den neuen Trend zu Genitaloperationen SIMONE SCHMOLLACK im Gespräch mit MONIKA GSELL und MARION HULVERSCHEIDT . . . . .	113
---	-----

## Miniaturen

JAN FEDDERSEN, CLEMENS SCHNEIDER, PETER OBSTFELDER UND MANUEL SCHUBERT Queer Lectures als Auftrag in dieser Zeit Aktuelles zur Initiative Queer Nations . . . . .	133
PETRA GEHRING Wer hat Angst vor genauer Lektüre? Warum sowohl Judith Butler als auch Kathleen Stock für feministische und für queere Debatten wichtig sind . . . . .	139
DIERK SAATHOFF Queere Homophobie Über den gendertheoretischen Argwohn gegenüber Homosexuellen . . . . .	150
MELANIE BABENHAUSERHEIDE Die sexuellen Illusionen der anderen Drei Thesen darüber, warum Erwachsene denken, dass Jugendliche beim Betrachten von Pornofilmen Fiktion und Realität nicht auseinanderhalten können . . . . .	162
MARION HULVERSCHEIDT Queer in der Provinz Anmerkungen zur Ausstellung »In Bewegung kommen – 50 Jahre queere Geschichte(n) in Göttingen« . . . . .	178
VOJIN SAŠA VUKADINOVIĆ Traumarbeit Zu Elisabeth Lenk (1937-2022) . . . . .	183
DINÇER GÜÇYETER Zwei Gedichte . . . . .	193

## Rezensionen

Rainer Herr: Der Liebe und dem Leid. Das Institut für Sexualwissenschaft 1919-1933 ( <i>Richard F. Wetzell</i> ) . . . . .	199
Klaus Storkmann: Tabu und Toleranz. Der Umgang mit Homosexualität in der Bundeswehr 1955 bis 2000 ( <i>Hedwig Richter</i> )	205
Kathleen Stock: Material Girls. Warum die Wirklichkeit für den Feminismus unerlässlich ist ( <i>Anna Rifat Klassen</i> ) . . . . .	209
Gesine Agena/Patricia Hecht/Dinah Riese: Selbstbestimmt – für reproduktive Rechte. Ulrike Busch/Joris A. Gregor/Daphne Hahn/Kristina Nottbohm/ Alexandra Ommert/Johanna Özogul/Lotte Rose/Rhea Seehaus/ Uwe Sielert/Sonja Sterzer/Eva Tolasch/Tewes Wischmann: Sexualität und Reproduktion zwischen individuellen Vorstellungen und gesellschaftlichen Normen ( <i>Marion Hulverscheidt</i> ) . . . . .	216
Mohamed Amjahid: Let's talk about sex, Habibi. Liebe und Begehren von Casablanca bis Kairo ( <i>Isabelle Ihring</i> ) . . . . .	221
Kristof Magnusson über Pet Shop Boys, queere Vorbilder und musikalischen Mainstream ( <i>Jan Feddersen</i> ) . . . . .	228
Herausgeber*innen und Autor*innen . . . . .	232
Bildnachweis . . . . .	237

# Körperloses Geschlecht – LSBTTIQ auf dem Irrweg

*Persönliche Reflexion aus dem Innern  
der LSBTTIQ-Bewegung\**

MONIKA BARZ

Neun Monate beharrliches Drängen zweier Freundinnen sind nötig, um im März 2022 endlich so weit zu sein, mit dem Schreiben anzufangen. Zu diesem Zeitpunkt ist nicht mehr zu übersehen: Deutschland hat eine neue Regierung, die sich von einer aus dem Ruder gelaufenen LSBTTIQ-Bewegung<sup>1</sup> treiben lässt und mit Vehemenz das »Geschlecht per Selbstauskunft« einführen will. Im Bundestag wird ein frisch gewählter Abgeordneter aus Bayern als »mutig« beklatscht und seine Person vor der Wahl medial aufgebläht.<sup>2</sup> Warum? Er ist körperlich und personenstandsrechtlich ein Mann, der über einen Frauenlistenplatz der Grünen in den Bundestag kommt. Er behauptet – ohne diagnostizierte Transsexualität –, eine Frau zu sein, und erhöht somit statistisch den Frauenanteil im Bundestag.

Es ist dieses sonderbare Gefühl, in Verzweiflung zu geraten, wenn ich Erfahrungen nicht sortiere, sie reflektiere, in Worte fasse und niederschreibe. Mein erster Textentwurf vom März 2022 trägt die Überschrift »Lesbische Feministin, erst queer, dann als TERF bezichtigt«. Nicht im Traum hätte ich mir noch zur Jahrtausendwende als Lesbe vorstellen kön-

\* Dem Abdruck dieses Beitrags ist ein taz Queer Talk mit Monika Barz und Jan Feddersen vorausgegangen, der unter dem Titel »Dissens und Diffamierung im Regenbogen« am 13. Dezember 2022 als Livestream stattgefunden hat, <https://www.youtube.com/watch?v=xzlj8nXDCs> [letzter Zugriff am 19.2.2023].

1 Politische Bewegung lesbischer, schwuler, bisexueller, transsexueller, intersexueller und queerer Menschen. Diese Buchstabenfolge mit zwei T wurde 2012 bei der Netzwerkgründung in Baden-Württemberg bewusst gewählt, da innerhalb der T-Gruppen Konfliktlinien zwischen »transsexuell« und »transgender« aufbrachen, die damit befriedet wurden, beide sichtbar im Namen LSBTTIQ zu repräsentieren.

2 Patrick Guyton: Transfrau Tessa Ganserer will in den Bundestag. Eine Bayerin im Kampf gegen demütigende Paragrafen. In: Schwäbisches Tagblatt vom 20.8.2021, online unter: »Tessa Ganserer: Erste Transfrau im Bundestag?«, <https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Tessa-Ganserer-Erste-Transfrau-im-Bundestag-513277.html> [letzter Zugriff am 1.2.2023].



nen, mit welchem elementaren, abstrusen und infamen Angriffen auf das Frausein ich im 21. Jahrhundert würde umgehen müssen. Das möchte ich in dieser Dokumentation beschreiben, auch um andere an meinen Erfahrungen und Perspektiven teilhaben zu lassen.

### 1. Politischer Anlass

Seit einigen Jahren hat sich zum Thema »Was ist eine Frau?« und »Was ist ein Mann?« eine neue Debatte entwickelt. Dabei geht es nicht wie in früheren Jahrzehnten um die differenzierte Analyse der sozialen Rollenerwartungen, die an Frauen und Männer gestellt werden. Es geht nicht um die Dekonstruktion von Geschlecht, darum wie im Alltagshandeln von Kindern und Erwachsenen durch Spielzeug, Farben, Sprache, Habitus, Kleidung, Berufswahl und vieles mehr erzeugt wird, was die Gesellschaft als »männlich« und »weiblich« definiert.

Es geht um Neues, um vielmehr etwas völlig anderes. Es geht um die Idee, der Mensch solle zukünftig entscheiden können, welchem Geschlecht er angehöre. Geschlechtszugehörigkeit sei grundsätzlich nicht durch den Körper bestimmt, sondern durch ein individuelles Gefühl, das »Geschlechtsidentität« genannt und vom Staat als Grundlage der geschlechtlichen Zuordnung genommen wird.<sup>3</sup> Eine Person sei eine Frau, wenn sie sich als Frau fühle, und ein Mann, wenn sie sich als Mann fühle; der Körper sei für die Geschlechtszuordnung irrelevant, entscheidend sei ein inneres Empfinden.<sup>4</sup> Das Narrativ »Geschlechtsidentität« geht so weit zu behaupten, es sei Fremdbestimmung und eine Menschenrechtsverletzung, wenn ausschließlich der biologische Körper die Grundlage der Geschlechtszugehörigkeit bildet. In der Konsequenz wird gefordert, dass alle Menschen ihr Geschlecht frei wählen können, und dies fraglos auf dem Standesamt registriert werden müsse.<sup>5</sup>

3 »Unter Geschlechtsidentität versteht man das tief empfundene innere und persönliche Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Geschlecht.« Bundeszentrale für politische Bildung: LSBTIQ-Lexikon, <https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/geschlechtlichevielfalt-trans/500926/geschlechtsidentitaet> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

4 Deutscher Bundestag: Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Transsexuellengesetzes und Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes (SelbstBestG), Drucksache 19/19755. Berlin 2020, <https://ds.server.bundestag.de/btd/19/197/1919755.pdf> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

5 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Bundesministerium der Justiz: Eckpunkte zum Selbstbestimmungsgesetz. Berlin 2022, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/199382/1e751a6b7f366eec396d146b3813eed2/20220630-selbstbestimmungsgesetz-eckpunkte-data.pdf> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

Ich halte die Etablierung eines Geschlechtsidentitäts-Narrativs anstelle von »Geschlecht« für wissenschaftlichen Unfug und die Forderungen nach einer staatlichen Anerkennung der vom Individuum gefühlten Geschlechtszugehörigkeit für einen politischen Irrweg, der für die feministische Arbeit, auch für menschenrechtlich orientierte LSBTTIQ-Politik, schwerwiegende Folgen haben wird. Die Klarheit, mit der ich das inzwischen formulieren kann, hatte ich nicht immer. Lange Zeit habe ich nicht hinreichend analysiert, wie aus emanzipatorischen Motiven Forderungen abgeleitet werden konnten, deren Konsequenzen für die gesamte Gesellschaft und insbesondere Frauen und Jugendliche nicht mitgedacht wurden. Im Folgenden skizziere ich eine Art politisches Protokoll meiner Arbeit, meines Denkens und beschreibe einige Stationen auf meinem Weg, der mich von der Feministin und LSBTTIQ-Aktivistin zur Kritikerin queer-politischer Positionierungen werden ließ. Beschrieben werden eigene erlebte Auseinandersetzungen, die belegen, wie sich innerhalb der LSBTTIQ-Community aus einer anfangs lebendigen LSBTTIQ-Vielfalt ein enges Weltbild entwickelt hat, das nicht hinterfragt werden durfte und durch das Schweigen vieler aus unserer politischen Community sich als gemeinsame »Wahrheit« etablierte.

## 2. Persönlicher und politischer Hintergrund

Als lesbische Feministin engagiere ich mich seit Jahrzehnten innerhalb der Frauenbewegung. Ich nehme nicht hin, dass Frauen weniger verdienen, kleinere Renten haben, ihre Fürsorgearbeit nicht wertgeschätzt, sie in der Prostitution und Pornoindustrie als Ware verkauft, sie geprügelt und getötet werden, wenn Männer ihre patriarchale Macht in Gefahr sehen. Männergewalt gegen Frauen ist bis heute Teil unserer Realität und in der ein oder anderen Form nach wie vor als »Normalität« akzeptiert.

Ich nehme nicht hin, dass durch Steuergesetze – wie das Ehegattensplitting – Alleinernährermodelle tradiert und durch fehlende Kindergärten partnerschaftliche Familienmodelle torpediert werden, dass Männerbünde in Medien, Justiz und Politik männliche Taten verharmlosen und weibliche Opfer verunglimpfen. Ich nehme nicht hin, dass die Welt von machohaften Männlichkeitsritualen dominiert wird.

So weit meine politische Haltung. Professionell, als Sozialwissenschaftlerin, hatte ich über 20 Jahre lang die Aufgabe, Studierende zur sachlichen Analyse gesellschaftlicher Strukturen zu befähigen. Es ging darum, Mechanismen aufzuzeigen, wie soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit entstehen, und welche Handlungsoptionen wir haben, sie

zu verhindern. Menschenrechte zu definieren, sie zu verteidigen, wo sie gefährdet sind, das ist die Aufgabe Sozialer Arbeit. Als Professorin für Frauen- und Geschlechterforschung war es meine Aufgabe, bei den Studierenden der Sozialen Arbeit den wissenschaftlichen Blick zu schärfen für strukturelle Diskriminierungen, die subtil, oft ganz harmlos, in Form von Steuergesetzen, amtlichen Beförderungskriterien, Öffnungszeiten oder Kleidervorschriften daherkommen und Geschlechterungleichheit und Geschlechterrollen zementieren.

### 3. LSBTTIQ-Netzwerk entsteht und geht seinen Weg

Motiviert durch den politischen Erdbeben in Baden-Württemberg, also die Ablösung der bis dahin viele Jahrzehnte regierenden CDU durch eine zunächst grün-rote Landesregierung unter Ministerpräsident Winfried Kretschmann von den Grünen, entschied ich 2011, zusätzlich zu den politischen Frauen- und Lesbenzusammenhängen, gemeinsam mit anderen »sexuellen Minderheiten«, ein LSBTTIQ-Netzwerk Baden-Württemberg zu gründen.<sup>6</sup> Ziel war, sich in der grün-rot regierten Landespolitik für Akzeptanz und gleiche Rechte in unserem Sinne einzusetzen. Der Austausch zwischen den verschiedenen Gruppierungen im Netzwerk war solidarisch. Die sensibel, mit Bedacht gestalteten quotierten Strukturen<sup>7</sup> und das Konsensprinzip schufen einen guten Zusammenhalt unter so verschiedenen Menschen aus lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgener, intersexuellen und queeren Gruppen. In der Gemeinschaft mit vielen, mehrheitlich männlichen Gruppierungen wollte ich selbst die historische Aufbruchsstimmung nutzen, um in Baden-Württemberg die Rechte lesbischer Frauen zu stärken.

Ich war eine der Älteren in der neu sich findenden Bewegung. Meine politische und professionelle Erfahrung wurde wertgeschätzt. Mein langjähriger Aktivismus innerhalb der kirchlichen Lesbenbewegung und meine berufliche Laufbahn als offen lesbisch lebende Frau in der Evangelischen Kirche wurde zwar kritisch beäugt,<sup>8</sup> doch gleichzeitig akzeptierend

6 »Sexuelle Minderheiten« war eine der Selbstbezeichnungen, die damals üblich waren und die Gruppen umspannten, die heute im Netzwerk-LSBTTIQ Baden-Württemberg zusammengeschlossen sind (lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgener, intersexuelle und queere Menschen). Heute wird diese Selbstbezeichnung selten verwendet, obwohl es sich weiterhin um gesellschaftliche Minderheiten handelt.

7 Jeder Buchstabengruppe des LSBTTIQ stehen ungeachtet ihrer Größe gleich viele Plätze im Sprechendenrat zu.

8 Kirche galt in den Augen vieler als konservativ, patriarchal und repressiv.

hingenommen. Ich wurde als Vertreterin der LuK (Lesben und Kirche) in den ersten Leitungskreis (Sprechendenrat) des Netzwerkes gewählt.

Nach sechs Monaten kam die erste Bewährungsprobe für das Netzwerk. Innerhalb der T-Gruppen gab es heftige Auseinandersetzungen, die zum Austritt von zwei Organisationen aus der T-Gruppe führte (Atme e. V. und dgti e. V.).<sup>9</sup> Ich stützte die T-Gruppen, die blieben und im Sprechendenrat das Netzwerk mitgestalteten. Wir arbeiteten solidarisch zusammen. Freundschaften entstanden, gegenseitige Wochenendbesuche gab es, fröhliche Feste feierten wir auch. Im Mittelpunkt stand der Kampf um den baden-württembergischen Bildungsplan und der Kampf für die »Ehe für alle«. In diesen politischen Bereichen gab es langjährige konzeptionelle und pädagogische Expertisen bei uns Lesben und Schwulen, die wir gemeinsam erfolgreich einbringen konnten. Die T-Gruppen waren zu der Zeit eher im Hintergrund. Ich erlebte sie als Lernende in dem für sie neuen Umfeld öffentlicher Präsentation.

Die Aufbaujahre vergingen wie im Flug. Ich hatte mich an die Wörter »Transfrau« und »Transmann« gewöhnt, obwohl ich es irgendwie verwirrend fand. Für mich wäre logisch gewesen, eine Frau, die sich als transsexuell empfindet, als transsexuelle Frau zu bezeichnen. Ich bezeichne ja auch eine Frau, die lesbisch empfindet, als lesbische Frau. Ich übernahm die für mich neue Logik. Ich erlebte alle als verlässlich und engagiert, stolperte nicht darüber, dass Transfrauen Frauen heirateten, ich schickte die besten Wünsche und schaute mir Hochzeitsfotos an. Es beschäftigte mich nicht, dass sie jetzt formal juristisch quasi als lesbisch galten. Ihnen ging es scheinbar auch so. Sie lebten »trans«, sie engagierten sich in den T-Gruppen und forderten nicht, bei L-Themen mitzureden und in unserer L-Gruppe mitzuwirken. Die T-Gruppe war klein, bestand mehrheitlich aus Transfrauen und war oft vergeblich bemüht, Transmänner für das Netzwerk zu finden. Ich erlebte sie meist als zurückhaltende Persönlichkeiten, die fachkundig ihre Themen einbrachten und das Netzwerk mit dieser Expertise bereicherten. Ja, ich erlebte sie als verletzte Wesen, die versuchten, in der politischen Welt nicht verloren zu gehen.

Es war ein konstruktives Miteinander, zielorientiert und respektvoll im Umgang. Wir waren erfolgreich, hatten regelmäßigen Austausch mit Landtagsfraktionen und Ministerien, wir erreichten unter anderem die Bezuschussung für eine Geschäftsstelle, Projektmittel für Coming-out-Beratung und eine landesweite Fachberatungsstelle für Transsexualität, Transgender und Intersexualität. Ich hinterfragte nicht die von den

9 Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg: Pressemitteilung vom 19.3.2013, <https://netzwerk-lsbttiq.net/aktuelles/10-presse-maerz> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

T-Gruppen formulierte Formel »Sich im falschen Körper fühlen«. Sprechgebote und Wahrnehmungsvorschriften erlebte ich keine. Es war selbstverständlich für mich geworden, transsexuelle Menschen mit Namen und Pronomen anzusprechen, die sie sich wünschten, selbst wenn ihre und meine innere Wahrnehmung nicht immer deckungsgleich war.

Mir war darüber hinaus an einer Verknüpfung des gesamten Netzwerkes in die Frauenbewegung hinein gelegen. Ich ermutigte feministische Projekte zur Mitgliedschaft im Netzwerk und motivierte das Netzwerk zur Mitgliedschaft im Landesfrauenrat Baden-Württemberg. Beides gelang, und ich freute mich an dieser konstruktiven Kooperation von Feminismus und LSBTTIQ. Angesichts der tendenziell männlichen Überzahl im LSBTTIQ-Bereich war das nicht selbstverständlich. Stolz auf die Erfolgsgeschichte des Netzwerkes, veröffentlichte ich 2017 gemeinsam mit einer Mitaktivistin einen Artikel über den Zusammenhang lesbischer Sichtbarkeit und der Strukturqualität in LSBTTIQ-Bündnissen.<sup>10</sup>

Als das Netzwerk 2019 eine Stellungnahme zur Reform des bestehenden Transsexuellengesetzes (TSG) aus dem Jahre 1980 abgeben wollte, befasste ich mich nur oberflächlich mit dieser Fragestellung. Ich fühlte mich nicht wirklich zuständig, es betraf ja Transsexuelle. Die Expertise hierfür sah ich ausschließlich bei ihnen. Kurzum: Ich hatte volles Vertrauen und unterstützte alles, ohne mich intensiv damit zu beschäftigen. Weder hinterfragte ich Begriffe wie »cis« und »zugewiesenes Geschlecht« noch den Begriff »Geschlechtsidentität«.

Rückblickend wirkt das alles wie in einem rosaroten Film. Während ich mich auf Forschungsarbeiten konzentrierte zu LSBTTIQ in der Jugendarbeit (2016), der Pflege (2019) und der Berufseinmündung (2020) und in meinen Publikationen<sup>11</sup> die neuen Begrifflichkeiten blindvertrauend verwendete, bekam ich nichts mit von den offenkundig zerstörerischen Kämpfen in den sozialen Medien, die zeitgleich in den LSBTTIQ-Communities anderer Länder tobten. Ich selbst nutze keine Social Media-Kanäle und wusste nichts von aggressiven TERF und SWERF-Vorwürfen gegenüber den klassischen Feministinnen in den USA, Kanada und Großbritan-

10 Monika Barz/Angela Jäger: Lesbische Sichtbarkeit sichern. Strukturqualität in der LSBTTIQ- Bündnispolitik. In: Stefanie Kuhnen (Hg.): Lesben Raus. Für mehr lesbische Sichtbarkeit. Berlin 2017, S. 43-50.

11 Details zu diesen Forschungen online verfügbar unter: [https://www.eh-ludwigsburg.de/hochschule/personenverzeichnis/ansicht?tx\\_ehludwigsburg\\_personshow%5Baction%5D=show&tx\\_ehludwigsburg\\_personshow%5Bcontroller%5D=Person&tx\\_ehludwigsburg\\_personshow%5Bperson%5D=107&cHash=3aaf5ccod77e4c517do914302a2072fo](https://www.eh-ludwigsburg.de/hochschule/personenverzeichnis/ansicht?tx_ehludwigsburg_personshow%5Baction%5D=show&tx_ehludwigsburg_personshow%5Bcontroller%5D=Person&tx_ehludwigsburg_personshow%5Bperson%5D=107&cHash=3aaf5ccod77e4c517do914302a2072fo) [letzter Zugriff am 27.10.2022].

nien.<sup>12</sup> In unserem baden-württembergischen Netzwerk nahm ich diese Themen nicht wahr. Selbst die Entwicklungen bei den Grünen gingen an mir vorbei. Sie beschlossen im November 2019, die Präambel des Frauenstatutes zu verändern und Frausein neu zu definieren in: »Von dem Begriff ›Frauen‹ werden alle erfasst, die sich selbst so definieren.«<sup>13</sup> Anfang 2020 nahm ich zwar die »Emma«-Dossiers zur Trans-Thematik und zu den Erfahrungen von Detransitioniererinnen wahr,<sup>14</sup> dennoch schien die Thematik weit weg.<sup>15</sup> Aufgewacht bin ich erst kurz darauf, im Frühjahr 2020.

#### 4. Aufgewacht!

##### *4.1 Gesetz zum Schutz vor Konversionsbehandlungen*

Damals stand im Bundestag die Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz vor Konversionsbehandlungen an. Dank aufmerksamer Freundinnen wurde ich darauf aufmerksam gemacht, dass das Konversionsverbot, seit vielen Jahren als Verbot der »Homo-Heilung« bekannt und von einer breiten Öffentlichkeit unterstützt, in letzter Minute auf Transsexualität ausgeweitet worden war.<sup>16</sup> Aus intimer Kenntnis kirchlicher Milieus und der dort häufig vorhandenen Einschüchterungen und Zuschreibungen, von »Homosexualität = sündig« bis hin zu Umerziehungsversuchen und »Teufelsaustreibungen«, habe ich die Forderung der Grünen nach einem Verbot der »Homo-Heilung« seit Jahren verfolgt und tatkräftig unterstützt.<sup>17</sup> Nun sollte kurzerhand Transsexualität hinzugenommen und mit

<sup>12</sup> TERF = trans exclusionary radical feminist, SWERF= sexwork exclusionary radical feminist.

<sup>13</sup> Die Grünen: Frauenstatut. Berlin 2019, <https://cms.gruene.de/uploads/documents/191121-Frauenstatut.pdf> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

<sup>14</sup> Detransitioniererinnen sind Frauen, die medizinische Schritte gegangen sind, um als Mann zu leben (Transition), dies danach bereuen und versuchen, die Transition rückgängig zu machen und wieder als Frauen zu leben.

<sup>15</sup> Chantal Louis: »Emma«-Dossier. Sie Er Ich, einfach das Geschlecht wechseln? In: Emma, Nr. 1/2020, S. 50-65; dies.: »Emma«-Dossier. Von Frau zu Mann zur Frau. In: Emma, Nr. 2/2020, S. 54-65.

<sup>16</sup> Deutscher Bundestag: Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor Konversionsbehandlungen. Drucksache 19/17278. Berlin 2020, [https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3\\_Downloads/Gesetze\\_und\\_Verordnungen/GuV/K/GE\\_Konversionstherapieverbot\\_bf.pdf](https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Gesetze_und_Verordnungen/GuV/K/GE_Konversionstherapieverbot_bf.pdf) [letzter Zugriff am 27.10.2022].

<sup>17</sup> Im Oktober 2018 wurde der Bundesregierung eine Petition mit 61.000 Unterschriften für »ein Verbot der Homo-Heilung« überreicht, [https://www.queer.de/detail.php?article\\_id=32209](https://www.queer.de/detail.php?article_id=32209) [letzter Zugriff am 27.10.2022].

ihr eine »selbstempfundene geschlechtliche Identität« juristisch verankert werden. Diese Veränderung kam überraschend. Noch im Februar 2019 zielte der Antrag der Grünen ausschließlich auf das Verbot von Konversionstherapien bei Homosexualität.<sup>18</sup> Ich war irritiert. Wurden die gravierenden Folgen dieser Ausweitung hinreichend bedacht?

Die Gleichsetzung von Homo- und Transsexualität ist wissenschaftlich unhaltbar, sie gemeinsam in einem Gesetz rechtlich fassen zu wollen, dachte ich schon zu jener Zeit, ist politisch fahrlässig. Gleichmacherei wird keiner der beiden Personengruppe gerecht. Warum die juristische Verankerung der Transsexualität als »selbstempfundene geschlechtliche Identität« das juristische Verständnis von »Geschlecht« grundlegend verändert, wird im Folgenden beleuchtet werden.

#### Wie kam Transsexualität und Geschlechtsidentität ins Gesetz?

Gemäß Presseerklärung der Deutschen Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität e.V. (dgti) wird deutlich, dass die Erweiterung um Transsexualität auf die Einflussnahme von Transverbänden zurückzuführen ist. Stolz berichtete die dgti über ihre gezielte Einflussnahme: »Gesundheitsminister Jens Spahn legte Ende 2019 einen Gesetzesentwurf zum Verbot sogenannter Konversionstherapien vor. In der medialen Kommunikation findet oftmals nur die sexuelle Orientierung Erwähnung. Nach Intervention der dgti e.V. und folgend auch anderen aus der Community wurde auch die geschlechtliche Identität mit aufgenommen.«<sup>19</sup>

#### Wie reagierte die Fachwelt?

Als die Fachöffentlichkeit von der Erweiterung erfuhr, versuchte sie aufzuklären und die Politik auf die damit verbundenen Probleme aufmerksam zu machen.

Die Deutsche Gesellschaft für Sexualmedizin, Sexualtherapie und Sexualwissenschaft (DGSMTW) bewertete in ihrer offiziellen Stellung-

18 Deutscher Bundestag: Antrag. Gefährlichen Pseudotherapien mit dem Ziel der Änderung der sexuellen Orientierung ein Ende setzen. Drucksache 19/7931. Berlin 2019, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/079/1907931.pdf> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

19 Deutsche Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität (dgti): Pressemitteilung vom 8.5.2020, [https://dgti.org/wp-content/uploads/2021/09/PE\\_2020-05-08\\_Konversionstherapien\\_v2\\_D\\_E.pdf](https://dgti.org/wp-content/uploads/2021/09/PE_2020-05-08_Konversionstherapien_v2_D_E.pdf) [letzter Zugriff am 27.10.2022].

nahme die Gleichsetzung von sexueller Orientierung (Homosexualität) mit Fragen von geschlechtlicher Identität (Transsexualität) als »unsachgemäß« und aus sexualwissenschaftlicher Perspektive für »sehr problematisch«. Sie sprach sich explizit gegen eine »Vermengung« aus. Des Weiteren bat sie dringend darum, verwirrende »medizinische Unkorrektheiten« im Begründungstext des Gesetzes zu korrigieren, wie zum Beispiel die »Gleichsetzung von sexueller Identität, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Transsexualität und Intersexualität«. <sup>20</sup>

Mit meiner – aus heutiger Sicht – offenkundigen Naivität schrieb ich im April 2020 als (inzwischen ehemaliges) Parteimitglied der Grünen im freundschaftlich, prinzipiell einvernehmlichen Sinne an Ulle Schauws, damals frauen- und queerpolitische Sprecherin der Fraktion der Grünen: »Liebe Ulle, [...] Habe heute morgen erfahren, dass ihr am Donnerstag das Gesetz verabschieden wollt, das zum Schutze von Lesben und Schwulen seinen Anfang nahm und durch die Hinzunahme ›Geschlechtliche Identität‹ sich ins Gegenteil verkehren kann. Ist dir bewusst, dass wir in der pädagogischen Arbeit mit lesbischen Mädchen derzeit ein riesiges Thema haben: lesbische Mädchen wöhnen sich im ›falschen Körper‹, wöhnen sich trans, weil ihnen all die Normierungen als Mädchen auf den Geist gehen, und dieses alte ›an Dir ist halt ein Junge verloren gegangen‹ sich plötzlich als chic anfühlt? [...] Ulle, ich brauche dir nicht all die frauenpolitischen Zusammenhänge erklären, warum es für Mädchen attraktiv sein kann, im Patriarchat kein Mädchen zu sein oder gar lesbisches Mädchen. Wenn jemand noch was retten kann, dann ihr Grünen. [...] Du weißt, ich engagiere mich hier in Baden-Württemberg in einem solidarischen Zusammenschluss unter uns LSBTTIQ-Gruppierungen, weil wir so gegenüber der Politik auf gemeinsame Ausgrenzungsfelder hinweisen können. Das bedeutet aber nicht, dass alle Bedarfe gleich sind und additiv in einem Gesetz angemessen regelbar sind. Es tut mir echt leid, dass ich so spät damit ankomme. Vielleicht bist du ja voll im Thema drin und siehst Dinge, die ich übersehen habe und kannst meine Sorgen entkräften. Liebe Grüße Monika«. <sup>21</sup>

Expertinnen aus den pädagogischen und therapeutischen Bereichen wandten sich als Professionelle in einem Offenen Brief an die Mitglieder des Deutschen Bundestages. <sup>22</sup> Ich schloss mich diesem Brief an. Quasi in

20 Deutsche Gesellschaft für Sexualmedizin, Sexualtherapie und Sexualwissenschaft (DGSMTW): Stellungnahme zum Gesetzentwurf Konversionstherapien vom 17.2.2020, S. 2.

21 Privatarchiv Barz, Persönliche E-Mail von Monika Barz an Ulle Schauws vom 27.4.2020.

22 Privatarchiv Barz, Stefanie Bode: Offener Brief an die Mitglieder des Deutschen Bundestages. Gesetzentwurf zum Schutz vor Behandlungen zur Veränderung oder Unter-



letzter Minute versuchten wir, über die fachlich problematische Vermischung von Homo- und Transsexualität aufzuklären und auf die negativen Folgen eines neuen Geschlechtsverständnisses für die therapeutische Begleitung hilfesuchender Jugendlicher zu verweisen. Wir sprachen uns gegen die Einführung eines von der Biologie losgelösten Geschlechtsverständnisses aus und forderten die Geschlechtsidentität ersatzlos aus dem vorliegenden Gesetzentwurf herauszunehmen. In meiner Mail an Ulle Schauws bat ich sie darüber hinaus: »Mache alles erdenklich Mögliche, um zu erreichen, dass ihr für die Geschlechtsidentität zukünftig ein eigenes differenziertes Gesetz erarbeitet und diese Thematik nicht mit Homosexualität gleichgesetzt wird.«<sup>23</sup>

Unser aller Engagement war nicht erfolgreich. Das Gesetz zum Verbot von Konversionstherapien wurde am 7. Mai 2020 im Deutschen Bundestag verabschiedet und die selbstempfundene geschlechtliche Identität mit einbezogen.<sup>24</sup> Juristisch bedeutet dieses Gesetz, dass eine selbstempfundene geschlechtliche Identität nicht in Frage gestellt werden darf, ohne juristisch belangt zu werden. Kurz gesagt:

- Ich FÜHLE mich als Frau, also BIN ich eine Frau. Wer das in Frage stellt, macht sich strafbar.
- Ich FÜHLE mich als Mann, also BIN ich ein Mann. Wer das in Frage stellt, macht sich strafbar.

Die Einbeziehung der »selbstempfundenen geschlechtlichen Identität« in das Gesetz zum Konversionstherapie-Verbot kriminalisierte das pädagogische und therapeutische Fachpersonal, das mit Jugendlichen den Hintergrund des Trans-Wunsches beleuchtet, die Ursachen des Unwohlseins im eigenen Körper erkundet und problematisiert, was an irreversiblen medizinischen Eingriffen gewünscht wird. Entgegen sexualwissenschaftlicher Expertise über die vielfältigen Ursachen eines Gefühls, »im falschen Körper zu sein«, wird die professionelle Hinterfragung eines Wunsches zum Geschlechtswechsel rechtlich verboten.

drückung der sexuellen Orientierung oder der selbstempfundenen »Geschlechtsidentität« vom 26.4.2020.

- 23 Privatarchiv Barz, Persönliche E-Mail von Monika Barz an Ulle Schauws vom 27.4.2020.  
24 Bundesministerium der Justiz: Gesetz zum Schutz vor Konversionsbehandlung vom 12.6.2020, <https://www.gesetze-im-internet.de/konvbehshg/BJNR128500020.html> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

#### 4.2 Politische Randbeobachtungen

Hatten alle Bundestagsabgeordneten die Erweiterung bemerkt? Bei der Bundestagsdebatte wurde ersichtlich, dass die folgenschwere Erweiterung von der Mehrzahl der Rednerinnen und Redner inhaltlich nicht wahrgenommen worden war. Ihre Reden handelten von der Notwendigkeit, homosexuelle Menschen vor Konversionstherapien zu schützen. Selbst auf der Homepage des Gesundheitsministeriums wird bis heute der Eindruck erweckt, als beziehe sich das Gesetz ausschließlich auf Homosexualität. Unter der Überschrift »Therapien zur ›Heilung‹ von Homosexualität sollen künftig verboten werden« wird dort das neue Gesetz vorgestellt und in großen Buchstaben mit einem Zitat des damaligen Bundesministers Jens Spahn ergänzt: »Homosexualität ist keine Krankheit. Daher ist schon der Begriff Therapie irreführend. Wir wollen sogenannte Konversionstherapien soweit wie möglich verbieten.«<sup>25</sup>

#### Zufall oder Strategie?

Hellhörig geworden, begann ich zu recherchieren und musste erkennen, dass die hier angewendete politische Strategie kein Zufallsprodukt einer engagierten Lobbygruppe ist. Sie entspricht exakt den Empfehlungen des Internationalen Handbuchs für Transaktivismus. Dort wird empfohlen, eine politische Veränderung der Geschlechtszuordnung bewusst ohne öffentliche Aufmerksamkeit durchzusetzen. In der Handreichung über »bewährte Praktiken bei rechtlicher Anerkennung des Geschlechts für Jugendliche« wird Schritt für Schritt vorgeschlagen, wie Gesetzesänderungen strategisch erfolgreich erstritten werden können. Dort wird dazu geraten:

- »Tie your campaign to more popular reform.« – Hängen Sie Ihre Kampagne an eine populärere Gesetzesreform.
- »Avoid excessive press coverage and exposure.« – Vermeiden Sie große mediale Aufmerksamkeit.<sup>26</sup>

25 Bundesministerium für Gesundheit: »Es ist ok, so wie Du bist.« – Therapien zur »Heilung« von Homosexualität sollen künftig verboten werden, <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/konversionstherapienverbot.html> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

26 International Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer an Intersex Youth & Student Organisation (IGLYO): Only Adults? Good Practices in legal gender recognition für youth. November 2019, S. 20, <https://www.iglyo.com/wp-content/uploads/2019/11/>

Diese Ratschläge des Handbuchs für Transaktivismus haben die queerpolitischen Akteurinnen und Akteure beherzigt und das unstrittige Gesetzesvorhaben zum Schutz von Homosexuellen vor Konversionsbehandlung dazu genutzt, ohne öffentliche Debatte Transsexualität mit Homosexualität gleichzusetzen.

### Wie verändert das die Definition von Geschlecht?

Wenn zukünftig Therapeutinnen und Therapeuten die selbstempfundene Geschlechtsidentität ihres Gegenübers nicht in Frage stellen dürfen, dann scheint es zwingend, dass zukünftig auch der Staat eine selbstempfundene geschlechtliche Identität ohne Widerspruch akzeptieren muss. In logischer Abfolge brachten Grüne und FDP sechs Wochen nach diesem Gesetzesbeschluss ihre vorbereiteten Gesetzentwürfe mit genau dieser Forderung der staatlichen Anerkennung einer selbstempfundenen geschlechtlichen Identität in den Bundestag ein.<sup>27</sup> Bisher bekannt unter dem Begriff »Selbstbestimmungsgesetz« (Self-ID-Gesetz) wird aus dem Konversionsverbot für Transsexuelle, das die Infragestellung einer selbstempfundenen Geschlechtsidentität kriminalisiert, für den Staat abgeleitet, dass dieser die Geschlechtsidentität anzuerkennen hat, und, gemäß der Selbstauskunft, juristisch als Grundlage den Geschlechtseintrag zu nehmen hat. Die selbstempfundene geschlechtliche Identität, die beim Konversionsverbotsgesetz noch eng mit den Rechten von Transsexuellen in Verbindung stand, wird bei der Forderung nach »grundsätzlicher Selbstauskunft des Geschlechts« völlig von der Transsexualität gelöst und für alle Menschen gefordert.<sup>28</sup> Hiermit entstände für Deutschland eine

IGLYO\_v3-1.pdf [letzter Zugriff am 27.10.2022]. Diese Strategie war auch in anderen europäischen Ländern erfolgreich. In Irland, Dänemark und Norwegen wurden Gesetze zur Anerkennung von »Genderidentität« gleichzeitig mit der Anerkennung der Ehe Gleichgeschlechtlicher ins allgemeine Ehegesetz verabschiedet. Fairness für Frauen: Quellen, <https://fffrauen.de/quellen> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

- 27 Deutscher Bundestag: Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Transsexuellengesetzes und Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes (SelbstBestG). Berlin 2020, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/197/1919755.pdf> [letzter Zugriff am 27.10.2022]; Deutscher Bundestag: Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der geschlechtlichen Selbstbestimmung. Berlin 2020, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/200/1920048.pdf> [letzter Zugriff am 27.10.2022].
- 28 SPD/Grüne/FDP (Hg): Mehr Fortschritt wagen. Berlin 2021, S.119, [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag\\_2021-2025.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf) [letzter Zugriff am 27.10.2022].

grundsätzliche Neudefinition von Geschlecht und Geschlechtszugehörigkeit, die losgelöst vom Körper zu existieren scheint.

Eine Frau wäre nicht wie bisher gemäß Duden »eine erwachsene Person weiblichen Geschlechts« und ein Mann »eine erwachsene Person männlichen Geschlechts«. Zukünftig gälte:

- Ich FÜHLE mich als Frau, also BIN ich eine Frau. Der Staat hat das fraglos juristisch anzuerkennen.
- Ich FÜHLE mich als Mann, also BIN ich ein Mann. Der Staat hat das fraglos juristisch anzuerkennen.
- Verweigert er dies, verletzt er ein Menschenrecht.<sup>29</sup>

Ziel der von Grünen und FDP im Juni 2020 vorgelegten Gesetzentwürfe ist eine Gesellschaft, in der gilt: Alle Menschen haben eine jeweils individuelle Geschlechtsidentität, die losgelöst von Biologie und Körper ihr eigenes Geschlecht festlegt. Nach diesem Verständnis ist es ein Menschenrecht, dass die selbstempfundene Geschlechtsidentität vom Staat bedingungslos anerkannt wird.<sup>30</sup> Ich bin entsetzt, als ich dieses zur Kenntnis nehmen muss. Nachdem die queerpolitische Sprecherin Ulle Schauws auf meine Mail vom April nicht reagiert hatte, wandte ich mich umgehend an eine andere grüne Bundestagsabgeordnete, die meine Kritik am Gesetz zum Konversionsverbot kennt. Mit dem Betreff »Was zum Schmunzeln, [...] wenn's nicht so ernst wäre«, schicke ich ihr den Gesetzentwurf zum Selbstbestimmungsgesetz, erkläre ihn in wenigen Sätzen und frage: »hast du das mitgekriegt? Auch da ist Ulle mit dabei. Ich befürchte, ihr schadet eurem guten Ruf damit.«<sup>31</sup> Sie antwortete mir tags darauf: »Das ignoriere ich lieber. Sonst bekomme ich noch mehr Ärger. (-)«<sup>32</sup>

29 Hintergrund dieser Sichtweise bilden die Yogyakarta-Prinzipien, <https://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/prinzipien/yogyakarta-prinzipien-1> [letzter Zugriff am 27.10.2022]; hierzu auch Manfred Bruns: Homosexualität und deutsche Jurisdiktion. Zur Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien in Deutschland (Queer Lectures, 2. Jg., Heft 6). Hamburg 2009.

30 Im April 2021 wird der Mitverfasser Robert Wintemute, Professor am Kings College London und Menschenrechtsexperte, in einem Interview dann selbstkritisch formulieren: »Die internationale Menschenrechtsgemeinschaft hat einen Fehler begangen, als sie die Idee eines Rechts auf eine subjektiv definierte Geschlechtsidentität anstelle des biologischen Geschlechts setzte.« Und: »Die Rechte der Frauen wurden nicht berücksichtigt.« Wir haben übersehen, dass »völlig intakte Männer Zugang zu reinen Frauenräumen suchen würden« [Übersetzung M. B.], <https://sex-matters.org/posts/updates/yogyakarta-principles> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

31 Privatarchiv Barz, E-Mail von Monika Barz an Bundestagsabgeordnete vom 13.6.2020.

32 Privatarchiv Barz, E-Mail von Bundestagsabgeordneter an Monika Barz vom 14.6.2020.

## 5. Die Konflikte spitzen sich zu

### 5.1 *Terre des Femmes*

Als Ergebnis des Offenen Briefes an die Mitglieder des Deutschen Bundestages im Mai 2020 und der von Grünen und FDP im Juni 2020 eingereichten Gesetzentwürfe zur Self-ID wurden schlagartig weite Kreise innerhalb der Frauenbewegung auf diese Fragen aufmerksam. Ich wurde vom Vorstand der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes gebeten, sie bei der Formulierung eines Positionspapieres zu unterstützen. Nach intensiver Überarbeitung durch den Vorstand verabschiedete die Mitgliederversammlung des Vereins auf Antrag des Vorstandes im September 2020 ein Positionspapier mit dem Titel »Transgender, Selbstbestimmung und Geschlecht«. In ihm positioniert sich Terre des Femmes kritisch zur Idee einer Geschlechtsidentität, die das Geschlecht festlegt, und verweist auf die biologische Bedingtheit von Geschlecht.

Das Dokument bezieht sich auf die Satzung und das feministische Leitbild der Organisation, wonach Terre des Femmes, in Übereinstimmung mit der Definition Internationaler Konventionen und des deutschen Duden, Frauen als erwachsene Personen des weiblichen Geschlechts definiert und als Menschenrechtsorganisation Terre des Femmes ihre Aufgabe darin erkennt, sich gegen jede Form von Menschenrechtsverletzungen zu wenden, die an Mädchen und Frauen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht begangen werden. Es hält fest, dass für die patriarchale Geschlechterordnung das biologische Geschlecht (Sex) der Anlass für die Unterdrückung von Mädchen und Frauen ist. Im Hinblick auf die Fragen von Transsexualität solidarisieren sie sich ausdrücklich als Menschenrechtsorganisation »mit allen Menschen, die sich aufgrund ihrer Ausgrenzungserfahrung in der LGBTQI+-Community<sup>33</sup> politisch zusammengeschlossen haben« und betont: Wir stehen an »ihrer Seite und unterstützen ihre Bestrebungen, sich gegen Diskriminierung zu wehren und für ihre gesellschaftliche Akzeptanz zu kämpfen.«<sup>34</sup>

Trotz klarer Solidarität mit LSBTTIQ-Menschen wird Terre des Femmes nach der Verabschiedung des Papiers mit Transphobie-Vorwürfen überschüttet. Shitstorms in den Social Media-Kanälen und kontinuierliche Verunglimpfungen und Diffamierungen als »transphob« halten bis heute

33 LGBTQI+: Englische Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual, Trans, Queer, Intersexual. Das + steht für weitere Gruppen.

34 Terre des Femmes: Positionspapier zu Transgender, Selbstbestimmung und Geschlecht vom 12.9.2020, [https://www.vdge.org/wp-content/uploads/2020/10/Positionspapier\\_Transgender\\_TDF.pdf](https://www.vdge.org/wp-content/uploads/2020/10/Positionspapier_Transgender_TDF.pdf) [letzter Zugriff am 23.1.2023].

an.<sup>35</sup> Systematische Aufrufe, der Frauenrechtsorganisation die finanzielle, institutionelle Unterstützung zu verweigern, reichen bis in staatliche und kommunale Ämter hinein und lassen erschreckend frauenfeindliche und antifeministische Tendenzen sichtbar werden.

## 5.2 Die Grünen

Wie erwähnt, hatten die Grünen im Juni 2020 einen Gesetzentwurf zu einem Selbstbestimmungsgesetz im Bundestag eingebracht. Dieser Antrag sieht unter anderem vor, dass zukünftig alle Erwachsenen und Kinder ab 14 Jahren ihren Geschlechtseintrag beim Standesamt selbst bestimmen. Dies hat an der Basis der Partei Empörung ausgelöst. Eine mir bis dahin unbekannte Eva Engelken, Anwältin und Mutter dreier Kinder, wandte sich an mich, um sich von mir beraten zu lassen, wie sie ihrer Empörung auf dem nächsten Parteitag im Herbst 2020 Ausdruck verleihen könnte. Ich riet ihr, als Newcomerin in der Partei, die sie war, die Bundestagsfraktion nicht zu kritisieren, sondern konstruktiv eine Debatte über den Gesetzentwurf zu fordern. So stellte sie drei Anträge und forderte in ihnen eine Debatte über den Entwurf zum Selbstbestimmungsgesetz, die Streichung des unklaren Begriffs »Geschlechtsidentität« aus dem Grundsatzzprogramm und eine Diskussion über gesellschaftliche Vielfalt ohne Beeinträchtigung geschlechtsbasierter Rechte von Frauen und der Gesundheit von Kindern.<sup>36</sup>

Die Tatsache ihrer Antragstellungen führte im Vorfeld des Parteitags zu innerparteilicher Aufregung. Sie wurde von schwulen und transsexuellen Parteimitgliedern, die teilweise parteiinterne Führungspositionen bekleideten, als »TERF«, »transfeindlich« und auf teils unflätige Weise als »gruppenbezogen menschenfeindlich«, »AfD-nah« oder gleich als »Nazi« oder »brauner Dreck« diffamiert. Sie wehrte sich gegen diese böartigen

35 Die Transphobie-Vorwürfe werden im Juli 2022 dazu führen, dass der Vorstand von Terre des Femmes das Positionspapier von der Homepage entfernt, in der Hoffnung, weiteren Diffamierungen zu entgehen. Für die Mitfrauen ist dies ein Verstoß gegen die Satzung und eine Missachtung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung. Sie schlossen sich in der Bewegung #savetdf zusammen und fordern gerichtlich, dass das gültige Positionspapier wieder auf der Homepage eingestellt wird. Vgl. Sabine Menkens: Der harte Kampf der Frauenrechtlerinnen. In: welt.de vom 18.9.2022, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus241033027/Terre-des-Femmes-Der-harte-Transgender-Kampf-unter-den-Frauenrechtlerinnen.html> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

36 Eva Engelken: Politik machen! Durch BDk-Anträge – Deine Stimme zählt! 5. Oktober 2020, <https://www.evaengelken.de/politik-machen-durch-bdk-antraege-jetzt-mitmachen> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

Unterstellungen und wandte sich in einem Offenen Brief unter anderem an Robert Habeck und Annalena Baerbock als Parteivorsitzende.<sup>37</sup> Auf dem Parteitag erhielt ihr Antrag zur Geschlechtsidentität keine Mehrheit, die beiden Anträge zu inhaltlichen Debatten wurden von der Antragskommission nicht zugelassen. Die Tatsache, dass ich Eva Engelken und Terre des Femmes beraten hatte, schlug Wellen bis ins LSBTTIQ-Netzwerk in Baden-Württemberg. Ich bekam sie im Verlauf der nächsten Wochen zu spüren.

### 5.3 *Das Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg*

Den Offenen Brief zum Konversionsverbot und das sechsseitige Papier, das ich für den Vorstand von Terre des Femmes verfasst hatte, stellte ich dem baden-württembergischen Netzwerk LSBTTIQ zu Verfügung. Ich erwartete eine Diskussion über unseren zukünftigen Umgang mit diesen Themen. Doch ich sollte mich irren. Das Klima in der bundesweiten Community hatte sich im Verlauf des Frühjahrs und Sommers 2020 zugespitzt – so auch in unserem Netzwerk. Der Knall, den die internationale Schmähung von J.K. Rowling ausgelöst hatte, machte weltweit einen neuen Transaktivismus sichtbar, der wenig mit dem zu tun hatte, was bislang von transsexuellen Menschen hör- und lesbar war.<sup>38</sup> Zeitgleich ließen in Deutschland die politischen Aktivitäten der Grünen und der FDP, die einen harten transaktivistischen Zungenschlag in die Debatten brachten, keine inhaltliche Kritik zu. Bundesweit war zu beobachten, dass jedwede Kritik als Transphobie interpretiert wurde, was den Umgang mit den berechtigten Anliegen von Transsexuellen erschwerte. Dieses Klima

37 Eva Engelken: Offener Brief an die Parteivorsitzenden Baerbock und Habeck vom 25.11.2020. In diesem Brief werden namentlich genannt: Sven Lehmann, Volker Beck, Julia Eberz, Victoria Boßart und Maïke Pfuderer, <https://www.evaengelken.de/offener-brief-geschlecht-im-grundsatzprogramm-ersetzt-durch-geschlechtsidentitaet> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

38 J.K. Rowling wird mit einem Shitstorm attackiert, als sie am 7. Juni 2020 in einem Tweet auf einen Artikel reagiert, in dem Frauen als »Menschen, die menstruieren« bezeichnet werden. Ihr Tweet: »Ich bin mir sicher, dass es mal ein Wort für diese Leute gegeben hat«, also Frauen, wurde als Beleg für »Transphobie« angesehen. Vgl. Redaktion Netzwerk Deutschland vom 7.6.2020, <https://www.fr.de/panorama/jk-rowling-neues-buch-boeses-blut-vorwurf-transphobie-harry-potter-autorin-90045507.html> [letzter Zugriff am 27.10.2022]. In der darauffolgenden Zeit steigert sich der Shitstorm bis hin zu Todesdrohungen und Bücherverbrennungen. Vgl. Frankfurter Rundschau vom 21.9.2020, <https://www.rnd.de/promis/jk-rowling-in-der-kritik-fans-werfen-ihr-vor-transphob-zu-sein-BC6L6LYK3QBAKPPSQMJAJNNSCM.html> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

schwappte hinein in meine, nun ja, nicht mehr so heile Welt unseres Netzwerkes.

Meine fachliche Positionierung gegen die fahrlässige Vermischung von Transsexualität und Homosexualität im Konversionsverbotsgesetz und meine ablehnende Haltung gegenüber einem von der Biologie losgelösten Geschlechtsverständnis des Selbstbestimmungsgesetzes wurde kritisch beäugt. Meine Unterstützung einer Antragstellerin wie Eva Engelen von den Grünen bei der Forderung nach Debatten beunruhigte scheinbar mein LSBTTIQ-Umfeld. Umgehend bekam ich an dem Tag, als die Anträge im Netz einsehbar waren, eine höflich anmutende Anfrage eines Mitglieds des Netzwerks: »Hallo Monika! Die Grünen diskutieren gerade ihr Grundsatzprogramm. Nun sind Anträge aufgetaucht, welche sich auf Themen wie Geschlechtsidentität, Frauenrechte, Schutzräume, trans\* etc. beziehen. Dein Name ist im Zusammenhang mit diesen Anträgen mehrfach gefallen. Könntest Du mir bitte kurz schreiben, ob bzw. inwieweit Du an diesen Anträgen mitgewirkt hast?«<sup>39</sup>

Zeitgleich kursieren innerhalb der T-Gruppe unseres Netzwerks Mails, in denen die Sorge um die Entwicklungen im Zusammenhang mit den »jüngsten Äußerungen von J.K. Rowling« formuliert wird, die »als deutlicher Rückschritt in der Akzeptanz von trans Menschen gewertet werden«. Meine kritische Positionierung werde als Bedrohung wahrgenommen, die zu einer Spaltung im Netzwerk führen würde. Es wurde beklagt, dass »die seit langer Zeit im und für das Netzwerk engagierte Monika Barz zu den Unterzeichnenden des Offenen Briefes gehört und mit einem eigenen Pamphlet die Grundlage für die Positionsfindung von TdF geliefert hat«. Dies führe nun »zu der Situation, dass ideologische Gräben quer durch das Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg verlaufen«. <sup>40</sup>

Zudem wird von einem Mitglied der T-Gruppe dem Sprechendenrat mitgeteilt, dass mein Papier für Terre des Femmes fachliche Feststellungen enthält, »die zumindest in der modernen wissenschaftlichen, evidenzbasierten Transgendermedizin keinen Platz mehr haben«. Aufgeführt werden einzelne »fachlich besonders problematische Passagen«. Als Beispiel wird eine Textstelle genannt, in der ich dafür eintrete, dass keinesfalls dem Wunsch zur Transition einer Minderjährigen undifferenziert und ohne fachkundige Prüfung und Beratung hinsichtlich der Ursachen und Folgen ihres Wunsches nachgegeben werden darf, insbesondere

39 Privatarchiv Barz, E-Mail eines Mitglieds des Netzwerks LSBTTIQ an Monika Barz vom 7.10.2020.

40 Privatarchiv Barz, E-Mail innerhalb der T-Gruppe des Netzwerks LSBTTIQ vom 18.10.2020.



dann, wenn mit der Transition körperliche Eingriffe verbunden werden. In meinem Papier stelle ich dies als Teil eines verantwortlichen Mädchenschutzes dar und verweise darauf, dass Mädchen insbesondere in der Pubertät genügend Anlässe haben, lieber Jungen sein zu wollen, um dem zu entgehen, was sie in der Gesellschaft an Diskriminierung und Abwertung erleben. Meine Aussagen werden als kritisch eingestuft, da hier »eine fremdbestimmende Kontrolle der individuellen Geschlechtlichkeit, insbesondere vor körperlichen Eingriffen, durch Dritte, als Standard gefordert« wird. Aus Sicht der evidenzbasierten Medizin sei eine »Prüfung« der individuellen Geschlechtlichkeit als »wissenschaftlich nicht fundierte Praxis einzustufen«, sodass »eine Forderung nach Standards sich erübrigen würde«.41

Ich tausche mich mit vertrauten Lesben aus dem Netzwerk aus. Mir geht es darum, besser zu verstehen, wo unsere Gemeinsamkeiten und Unterschiede sind.42 Für unsere freundschaftliche Debatte habe ich ein Papier zum gemeinsamen Weiterdenken entworfen und beigelegt, in dem ich betone, es »geht nicht um einen Kampf gegen Trans\*. Es geht um die sachliche Kritik an der unregelmäßigen Öffnung sämtlicher Frauen- und Mädchenräume für Millionen jugendlicher und erwachsener Männer in Deutschland und an der fachlich fragwürdigen Ersetzung von ›Geschlecht‹ (sex) durch ›Geschlechtsidentität‹ (gender).«43

Wir diskutieren kontrovers und versuchen zu verstehen, was derzeit geschieht. Ich nehme wahr, dass viele meine kritische Haltung teilen, jedoch will keine von ihnen sich der Kontroverse im Netzwerk stellen. Für sie alle ist das Netzwerk ein zusätzliches Ehrenamt, sie sind voll im Beruf engagiert, und einige sind mit ihren professionell geführten feministischen Projekten von staatlichen Geldern abhängig. Ich zeige und habe Verständnis. Anpassung scheint bundesweit zur Überlebensstrategie geworden zu sein. Auch Lesben außerhalb Baden-Württembergs berichten mir mit vorgehaltener Hand: »Wenn ich bei der kommunalen CDU Anträge stelle, dann immer ohne Sternchen, bei Anträgen bei grün oder rot geführten Ministerien, da schreibe ich immer mit Sternchen. Ich passe mich da einfach an.« Ich sortiere meine Gedanken außerhalb des Netzwerks weiter.

41 Privataarchiv Barz, E-Mail eines Mitglieds der T-Gruppe des Netzwerks an Sprechenderrat vom 19.10.2020.

42 Privataarchiv Barz, E-Mail von Monika Barz an vertraute Lesben im Netzwerk vom 18.11.2020.

43 Privataarchiv Barz, Monika Barz: SelbstBestG: Bitte genau hinschauen! Internes Papier vom 17.11.2020; E-Mail von Monika Barz an vertraute Lesben im Netzwerk vom 18.11.2020.

Im November 2020, nach dem Parteitag der Grünen und dem vergeblichen Bemühen von Eva Engelken, eine Mehrheitsentscheidung für eine offene Debatte über das Selbstbestimmungsgesetz in der Partei anzustoßen, teilte mir ein Mitglied des Netzwerks seine Schadenfreude mit und bezeichnete mich als transfeindlich und meine Haltung als eine basislose perverse Theorie von radikalen Genitalfanatikern. Er schrieb: »Mir ist die Entscheidung der Grünen zum Thema Selbstbestimmungsgesetz zu Ohren gekommen, die, wie es aussieht, sehr wenig Verständnis zu Ihrer und Frau Engelkens Position hatten, und ich bin froh, dass transfeindliche Positionen nicht gehört wurden aufgrund von Realitätsfremdheit und basislosen perversen Theorien von radikalen Genitalfanatikern. Ich möchte hiermit darauf hinweisen, dass Sie transfeindlich sind.«<sup>44</sup>

## 6. Selbstbestimmungsgesetz

Anfang des Jahres 2021 erscheint in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« ein aufklärender Artikel von Thomas Thiel, in dem er darauf aufmerksam macht, dass die »Transgender-Bewegung [...] das körperliche Geschlecht juristisch abschaffen« will.<sup>45</sup> Er kritisiert das Verschweigen der Risiken und Nebenwirkungen des Selbstbestimmungsgesetzes und zeigt die politischen Hintergründe und internationalen Verflechtungen bis in die Pharmaindustrie hinein auf. Die bürgerliche, jedenfalls nicht linksliberale Presse ist aufgewacht. Mir tut das gut. Ich bin begeistert über die Klarheit und Sachlichkeit des Artikels und leite ihn hoffnungsvoll an den Sprechendenrat weiter. Ich betone, dass es unsere Aufgabe als LSBTTIQ-Community sei, »differenzierter und selbstkritischer zu agieren als bisher«.<sup>46</sup>

So oder so: In mir kommt das Gedankenkarussell kaum zur Ruhe. Was kann ich tun, dass nicht so aggressiv auf meine Impulse reagiert wird? Haben nicht auch andere Mitglieder kritische Fragen gegenüber einem Gesetz, das die Bedeutung des Körpers außer Kraft setzt? Wo stehen meine lesbischen und schwulen Schwestern und Brüder? Ist ihnen der se-

44 Privatarchiv Barz, Persönliche E-Mail eines Mitglieds des Netzwerks an Monika Barz vom 22.11.2020.

45 Thomas Thiel: Die Überwindung des Fleisches. Die Transgender-Bewegung will das körperliche Geschlecht juristisch abschaffen. Über Risiken und Nebenwirkungen wird geschwiegen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.1.2021, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/abschaffung-des-koerperlichen-geschlechts-darum-wird-geschwiegen-17169758.html?premium> [letzter Zugriff am 1.2.2023].

46 Privatarchiv Barz, E-Mail von Monika Barz an Sprechendenrat vom 2.2.2021.

xuelle Körper ihres Gegenübers plötzlich unerheblich? Wenn es so wäre, warum nehmen sie all die homophoben Diskriminierungen auf sich?<sup>47</sup> Ich verfasse einen zweiseitigen persönlichen Kommentar und versende ihn zum Internationalen Frauentag am 8. März 2021 über einen eigenen großen Emailverteiler. Mein Papier endet mit dem Satz: »Ich sehe mit großer Sorge, dass die Grünen und FDP einen falschen Weg einschlagen. Es liegt in den Händen der LSBTTIQ-Community, ihm zu folgen oder ihn selbstbewusst in Frage zu stellen.«<sup>48</sup> Dem neu gewählten Sprechendenrat sende ich das Papier verbunden mit der Hoffnung, über »diese schwierigen Fragen im Gespräch zu bleiben«.<sup>49</sup>

Eine Woche später teilen mir die beiden Vertreterinnen der L-Gruppe im Sprechendenrat mit, dass der Sprechendenrat weder meine Auffassung zum Selbstbestimmungsgesetz noch meine Definition von Geschlecht teile. Sie bitten darum, »zukünftig bei Schriften, die sich in einem ähnlichen Tenor und Themenfeld bewegen, nicht mehr in cc gesetzt zu werden«.<sup>50</sup>

Ich erfasse immer deutlicher das Ausmaß des Schadens, den die Politik durch die »Einbringung eines Selbstbestimmungsgesetzes« in den Köpfen anrichtet. Der kritische Austausch wird durch blindes Vertrauen in die Politik der Grünen ersetzt.

Ich wende mich erneut an vertraute Lesben im Netz und frage sie um Rat.<sup>51</sup> Eine von ihnen antwortet, sie wisse nicht, was sie sagen solle. Sie merke, dass es so schnell zu Eskalationen komme. Es tue ihr nicht gut, immer reinzuspringen und vermitteln zu wollen. Auf keinen Fall möchte sie weiter den Konflikt austragen. »Mehr kann ich im Moment dazu nicht sagen. Ich fühle mich wirklich ratlos.«<sup>52</sup>

Sie drückt offenbar eine Gefühlslage aus, die viele in unserem Netzwerk ergriffen hat. Es war vielleicht eine Folge der Covid-Pandemie, der

47 Gleichgeschlechtliche Paare können sich im Gegensatz zu heterosexuellen Paaren in der Württembergischen Landeskirche nicht trauen lassen. Sie können sich in Ausnahmefällen segnen lassen. Hierzu müssen sie eine Kirchengemeinde finden, die sich für die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare geöffnet und die aufwendige Prozedur der Änderung ihrer Gottesdienstordnungen durchgeführt hat. 2022 war das in circa acht Prozent der Gemeinden möglich, <https://www.bkh-wue.de/initiative-regenbogen/> und <https://www.elk-wue.de/leben/gemeinde/homosexualitaet#c28888> [letzter Zugriff am 23.1.2023].

48 Privataarchiv Barz, Monika Barz: Internationaler Frauentag 2021. Persönlicher Kommentar zu einem frauenpolitischen Thema, das mich umtreibt: »Geschlechtseintrag und Geschlechtseintragsänderung«. Internes Papier vom 8.3.2021.

49 Privataarchiv Barz, E-Mail von Monika Barz an Sprechendenrat vom 8.3.2021.

50 Privataarchiv Barz, E-Mail vom Sprechendenrat an Monika Barz vom 16.3.2021.

51 Privataarchiv Barz, E-Mail von Monika Barz an vertraute Lesbe vom 17.3.2021.

52 Privataarchiv Barz, E-Mail von einer vertrauten Lesbe an Monika Barz vom 17.3.2021.

Lockdowns, wir sind uns als echte Menschen seit einem Jahr nicht mehr begegnet. Steigende Empfindlichkeiten, Existenznöte, Überlastung gerade in den Frauen- und Mädchenprojekten angesichts häuslicher Gewalt und psychischer Notsituationen in den Familien. Hinzu kommt der sich täglich radikalisierte und grenzverletzende Kommunikationsstil im Netz, der hart mit jenen Feministinnen und Organisationen umgeht, die Bedenken gegen das Gesetz äußern. Das alles zehrt bei uns Frauen kollektiv an den Nerven. Die Kraft, gegen den Vorwurf der Transphobie die Themen selbstbewusst im Netzwerk einzubringen, die im Hinblick auf die Wirkungen eines Selbstbestimmungsgesetzes für Frauen und Mädchen relevant sind, ist nicht mehr vorhanden. Mir ist die Kraftlosigkeit vertraut, auch mir raubt es Energien, immer wieder aufzustehen und gegen den offensichtlichen LSBTTIQ-Mainstream zu argumentieren.

Mit Verzögerung scheine ich nun zu erleben, was eine transsexuelle Bekannte schon länger beobachtet und erleidet. Ich erinnere mich an eine Mail von ihr, die sie mir vor einem Jahr hilfeschend schickte. Sie hatte viele Jahre ehrenamtlich eine Selbsthilfegruppe für Transsexuelle geleitet und sich schweren Herzens entschieden, alles hinzuschmeißen. Sie verzweifelte an den rigiden Entwicklungen innerhalb ihres vertrauten Transmilieus. Damals konnte ich das nicht einordnen. Sie schrieb mir im Januar 2020 eines Nachts: »Hallo Monika, die Leute werden immer jünger und ich älter. Wir sprechen nicht mehr die gleiche Sprache. Man ist nicht mehr transsexuell, man ist genderqueer, genderfluid, nonbinär, transternchen\* und weitere 200 Selbstbezeichnungen. Ich bin für die jungen Leute keine Vertrauensperson mehr, ich stelle unzulässige Fragen, übe unzulässige Kritik, spreche unzulässige Warnungen aus. Kompromisse sind für die, dass ich nur noch sage, was sie hören wollen. Es ist vorbei. Gute Nacht, danke und allerliebste Grüße«.53

Die misslungene Kommunikation, die ich im Netzwerk erlebe, ist jedoch erst der Anfang. Eine Steigerung mit einem bundesweiten Angriff auf kritische Lesben startet einen Monat später, im April 2021.

## 7. Lesbenfrühlingstreffen 2021 in Bremen

Dem Lesbenfrühlingstreffen (LFT) 2021 wird Transphobie unterstellt und die Durchführung des Treffens zu verhindern versucht. Der verleumderische Tweet einer einzigen Transfrau genügt Ende April 2021, um demokratisch verortete Menschen zur Teilnahme an einer Shitstorm-Kampagne zu

53 Privatarchiv Barz, Persönliche E-Mail an Monika Barz vom 23.1.2020.

aktivieren.<sup>54</sup> Ohne Überprüfung von Fakten wird dem alljährlichen traditionsreichen Treffen von Lesben der Stempel »Trans\*feindlich« aufgedrückt.<sup>55</sup> So einfach geht üble Nachrede und Hetze? So schnell sind MitläuferInnen und Claqueure zu finden.<sup>56</sup> Ich kann es kaum fassen. Selbst Claudia Bernhard, zuständige Senatorin in Bremen, die genehmigte Zuschüsse und ihre Zusage, Schirmfrau zu sein, zurückzieht, und Jörg Litwinschuh-Barthel, der Geschäftsführende Vorstand der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, verlieren ihre demokratische Orientierung und stimmen in die Kampagne ein, nachdem die Nebelkerze »Transphobie« gezündet wurde.<sup>57</sup>

### *7.1 Reaktionen im näheren LSBTTIQ-Umfeld*

Ich wende mich umgehend an den Vorstand des Lesben- und Schwulenverbands (LSVD) in Baden-Württemberg, der seit Jahren ausschließlich weiblich besetzt ist. Ich bitte ihn, sich hinter das LFT 2021 zu stellen. Umgehend erhalte ich die zustimmende Antwort einer Vorstandsfrau: »Ich bin ganz bei dir« – mit der Ergänzung, sie »habe aber eigentlich keine Kapazität dafür«. Sie endet mit dem hoffnungsvollen Hinweis, dass sich vielleicht im LSVD eine findet, »die sich des Themas annehmen kann«.<sup>58</sup>

Es fand sich jedoch keine, was dann auch keine Überraschung mehr ist. Als langjähriges Mitglied im LSVD kenne ich fast alle Frauen des Vorstandes und weiß um ihre Doppel- und Dreifachbelastungen zusätzlich zu ihrem feministischen Engagement im LSVD. Mein Verständnis für ihr Stillhalten mischt sich mit Resignation. Wir Lesben tragen als Mütter, Berufstätige, Pflegende und sozial engagierte Frauen umfangreiche gesellschaftliche Verantwortung auf unseren Schultern. Nun kommt zusätzlich zur sexuellen Gewalt und der alltäglichen klassischen Frauendiskriminierung noch dieser bedrohliche Angriff aus den eigenen Reihen auf

54 Victoria Forkel: Reaktionäre Krise: TERFS kapern lesbische Community. In: männer\* vom 24.4.2021, <https://www.maenner.media/gesellschaft/community/terfs-lft-lesben-bremen> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

55 Micha Schulze: Transfeindlichkeit. Hirschfeld-Stiftung distanziert sich von Lesbenfrühlingstreffen. In: Queer.de vom 25.4.2021, [https://www.queer.de/detail.php?article\\_id=38693](https://www.queer.de/detail.php?article_id=38693) [letzter Zugriff am 27.10.2022].

56 Vgl. Chantal Louis: Trans Wars. Ein Kommentar zum LesbenFrühlingsTreffen 2021. In: Jahrbuch Sexualitäten 2022. Hg. von Jan Feddersen, Marion Hulverscheidt und Rainer Nicolaysen. Göttingen 2022, S. 169-174.

57 Vgl. Barbara Guth/Susanne Bischoff (Hg.): OutSisters, InSisters, Lesben. Lesbisch-feministisches Begehren um Autonomie. Hamburg 2022, S. 9, 62-67.

58 Privatarchiv Barz, E-Mail einer Vorstandsfrau des LSVD Baden-Württemberg an Monika Barz vom 25.4.2021.

uns dazu. Ich verstehe nur zu gut, dass sie »eigentlich keine Kapazitäten dafür haben«.59 Warum bin ich eigentlich so verständnisvoll, frage ich mich inzwischen? Wo ist meine Wut über jene, die »keine Kapazitäten« mehr haben, für sich zu kämpfen, weil sie in der Fürsorge für andere ihre Kräfte lassen? Ja, es verhält sich wohl so, dass ich schlicht dem Stereotyp einer Frau entspreche, die erst einmal still, verständnisvoll hinnimmt und ihre Wut vorschnell nach innen richtet. Ich lebe scheinbar in einem Umfeld, in dem es viele solcher Frauen gibt wie mich. Ich werde versuchen, nicht zu resignieren und die Wut in Aktion zu verwandeln.

Ich wende mich an den Sprechendenrat und einige andere Lesben des Netzwerkes. Ich teile ihnen meine Erschütterung darüber mit, wie mit falschen Anschuldigungen das Lesbenfrühlingstreffen in seiner Existenz bedroht wird. Ich bitte darum, sich hinter das LFT zu stellen, und biete meine Unterstützung für eine Pressemitteilung an.<sup>60</sup> Noch am selben Tag erhalte ich die erhoffte Reaktion von zwei Frauen aus der L-Gruppe. Die eine bietet an, gern bei der Erstellung einer Pressemitteilung zu unterstützen,<sup>61</sup> die andere hält die Anfeindungen gegen das LFT für »unterirdisch« und will viel Werbung machen und selbst ein Ticket kaufen.<sup>62</sup> Am nächsten Tag dann die kalte Dusche. Mein Hilferuf ins Netzwerk entwickelte sich zum Eigentor. Der Sprechendenrat teilt mir klipp und klar mit, dass ich mit keiner Unterstützung rechnen könne, da meine Position nicht der des Netzwerkes entspreche.<sup>63</sup> Zwei Tage später war in seiner Pressemitteilung von »trans\*feindlichen Akteur\_innen« die Rede, die »menschenrechtsverachtende Inhalte« und »politische Agitation gegenüber trans\* Menschen« auf dem LFT verbreiteten.<sup>64</sup> Eine Frau aus der L-Gruppe teilt mir mit, dass das LFT-Programm »einseitig trans-kritisch« sei.<sup>65</sup>

Das alles geschieht Schlag auf Schlag innerhalb von fünf Tagen. Emotional am Tiefpunkt angelangt, erhalte ich überraschend eine Mail von je-

59 Knapp ein Jahr später, am 28. Januar 2022, wird Monika Barz aus Protest aus dem LSVD austreten. Begründung: »Der LSVD hetzte munter darauf los anstatt die soziale Komplexität und juristische Relevanz der Geschlechtsdefinition u. a. für die LSBTTIQ-Community zu klären und eine breite sachliche Debatte zu moderieren.« Privatarchiv Barz, E-Mail von Monika Barz an breiten privaten Verteiler vom 30.3.2022.

60 Privatarchiv Barz, E-Mail von Monika Barz an Sprechendenrat vom 26.4.2021.

61 Privatarchiv Barz, E-Mail aus der L-Gruppe an Monika Barz und Sprechende vom 26.4.2021.

62 Privatarchiv Barz, E-Mail aus der L-Gruppe an Monika Barz vom 26.4.2021.

63 Privatarchiv Barz, Mail des Sprechendenrats an Monika Barz vom 27.4.2021.

64 Pressemitteilung des Netzwerks LSBTTIQ vom 28.4.2021 zum LFT, <https://netzwerk-lsbttiq.net/aktuelles/482-lft-2021> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

65 Privatarchiv Barz, E-Mail aus der L-Gruppe an Monika Barz und Sprechende vom 28.4.2021.

ner Bekannten aus der T-Gruppe, die lange Jahre eine Selbsthilfegruppe für Transsexuelle geleitet hatte. Sie hat sich über die Pressemitteilung des Sprechendenrat so empört, dass sie spontan eine Protestmail an ihn schrieb und mir weiterleitete. Sie problematisiert in ihrer Protestmail, dass es im Netzwerk fast keine »wirklichen und echten transsexuellen Menschen mehr« gebe und »die Transsternchen(trans\*-)Ideologie« aus Transsexualität »eine unüberschaubare, undefinierbare Grütze« gemacht habe, mit zig Selbstbezeichnungen, die alle unter dem Begriff Transsternchen (trans\*) zusammengefasst würden. Alle sprächen ähnlich einer Verschwörungstheorie davon, wie die »armen Transsternchen« »permanent von der bösen Menschheit diskriminiert« würden. Diejenigen, die der Transsternchenideologie »nicht auf den Leim« gingen, würden als »TERF« angesehen. Sie sehe darin eine üble Bezeichnung meist für lesbische Frauen, die »keine Sternchen in ihren Kreisen haben wollen«. Ironisch fügt sie an, »das geht gar nicht, denn die armen Transsternchen haben schließlich auch das Recht auf reine Frauenräume, qua Sternchen\*«. Sie thematisiert die politische Dimension des »Transsternchenirrsinns«, der dazu führe, Männern zu helfen, »die mit Transsexualität nicht das Geringste zu tun haben, unter abenteuerlichen Selbstbezeichnungen Frauenräume zu erobern, und er hilft jungen Frauen unter ebenfalls abenteuerlichen Selbstbezeichnungen, die gehasste Mädchen/Frauenrolle zu verlassen, in der sie von Männern übel behandelt werden.«

Sie beendet ihre kritische Mail mit der Aufforderung: »Liebe Sprechende, kommt bitte mal wieder zur Vernunft zurück, auf den Boden der Realität. Unser Netzwerk war immer ein vernünftiger Fels in der Brandung und da muss es wieder hin. Die Transsternchenideologie schadet dem Netzwerk.«<sup>66</sup> So weit die mahnende Stimme einer Transsexuellen. Wie intern mit ihren Analysen umgegangen wird, ist mir unbekannt.

Von Lesben im Netzwerk höre ich nichts. Fehlen Mut und ökonomische Autonomie, um eigene Haltungen offen kundzutun? Was ist in der queer-feministischen Bewegung passiert, dass »trans-kritische« Äußerungen verboten und »lesben-kritische« Äußerungen unterstützt werden?

Ich wende mich erneut an die LuK und frage um Rat, was wir machen sollen. Aus dem Netzwerk austreten? Drinbleiben.<sup>67</sup> Wir treffen uns virtuell. Die Mehrzahl der LuK-Frauen ist empört, fühlt sich jedoch nicht im Stande, die Komplexität zu überblicken. Zu unvorbereitet scheint das kirchlich geprägte Lesbenmilieu, um auf derart vehemente Attacken reagieren zu können. Angriffe von rechts- und konservativen klerikalen

66 Privatarchiv Barz, E-Mail an Sprechende vom 28.4.2022.

67 Privatarchiv Barz, E-Mail von Monika Barz an LuK vom 28.4.2021.

Gruppen sind wir als LuK seit Jahrzehnten gewohnt. Angriffe aus dem eigenen scheinbar aufgeklärten liberalen Milieu sind neu und lassen die Mehrzahl irritiert und fassungslos zurück. Es wird beschlossen, vorerst im Netzwerk zu bleiben.

Ich mache mir die Mühe, alle Mitgliedsorganisationen und -gruppen des Netzwerkes anzuschreiben. Ich informiere darüber, dass das Netzwerk sich durch eine Presseerklärung den Verleumdungen angeschlossen und nicht solidarisch zur Aufklärung über das LFT beigetragen hat. Ich fordere dazu auf, gemeinsam zu klären, wie wir zukünftig mit der Vielfalt an Sichtweisen im Netzwerk umgehen wollen.<sup>68</sup>

Ein Plenum mit der Möglichkeit zur Aussprache findet eine Woche später virtuell statt. Dank des offiziellen Protokolls schließen sich die Erinnerungslücken. Was geschah genau?

Vom Sprechendenrat wird die »Trans\*feindlichkeit« des LFT unter anderem am Beispiel der Veranstaltung einer deutschen Juristin über »Genderidentität statt Geschlecht« und einem englischen Vortrag einer Politikwissenschaftlerin über »Separatismus als Strategie« dargestellt. In der anschließenden Debatte wird dem Sprechendenrat nicht widersprochen. Im Gegenteil. Einzelne Mitglieder sprechen ihm explizit ihr Vertrauen aus und betonen, dass sie hinter der Pressemitteilung stünden. Die Mehrheit schweigt. Auch zu der kuriosen Äußerung eines Mitglieds aus der S-Gruppe, wonach »die genitalzentrierte Sichtweise von Geschlecht« »als antifeministisch« einzustufen sei.

Ich kritisiere das Verhalten des Netzwerkes gegenüber dem LFT und die einseitige Pressemitteilung trotz unterschiedlicher Positionen im Netzwerk. Ich beantrage, die in der Präambel vereinbarte Konsensorientierung zu bekräftigen.<sup>69</sup> Es entsteht ein verfahrenstechnisches Durcheinander im Umgang mit meinem Antrag. In einer Gegenrede wird gefordert, nicht über meinen Antrag abzustimmen, da sich »die Pressemitteilung im Rahmen der Präambel bewegt habe und damit als Konsens aufzufassen sei«. Es wird ein Stimmungsbild eingeholt zu der Frage: »Soll über den Antrag von Monika Barz abgestimmt werden?« Neben meiner Ja-Stimme, gab es 14 Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen. Das Meinungsbild belegt: Solidarität mit dem LFT findet im Netzwerk keinen Rückhalt.<sup>70</sup> Einen Einspruch gegen den zweifelhaften Umgang mit meinem Antrag erspare

68 Privatarchiv Barz, E-Mail von Monika Barz an alle Mitglieder vom 29.4.2021.

69 Privatarchiv Barz, Antrag im Plenumsprotokoll vom 7.5.2021 enthalten.

70 Privatarchiv Barz, Protokoll des Sprechendenrats vom 7.5.2021 (versandt an alle Mitglieder).



ich mir. Ich gebe auf. Mein Engagement im Netzwerk fahre ich innerlich auf null.

Den inneren Rückzug im Netzwerk kann ich nicht lange aufrechterhalten. Fünf Tage nach dem Plenum schreibt der Sprechendenrat einen Brief an die LuK mit der Anrede »Sehr geehrte Menschen bei Lesben und Kirche«. Gleich im ersten Satz wird ausgeführt, dass ich Positionen vertreten haben soll, »die in Konflikt mit grundsätzlichen Positionen des Landesnetzwerks« stünden. Für sie als Sprechende stelle sich die Frage: »Inwieweit decken sich die von Monika Barz vertretenen Positionen mit den Positionen von Lesben und Kirche?«<sup>71</sup>

In der LuK löst nicht nur die Anrede in diesem Brief Irritationen aus. Die Antwort ist unmissverständlich. Die LuK stellt klar, dass sie »die lesbenpolitischen Aktivitäten und Analysen von Monika Barz« begrüßt. Sie seien »ein wichtiger Beitrag für einen konstruktiven selbstkritischen Dialog innerhalb der LSBTTIQ-Community«.<sup>72</sup>

### *7.2 Reaktionen im feministischen Umfeld*

Die Haltung des Netzwerks steht konträr zu dem, was ich innerhalb meines Frauenumfeldes erlebe. Die Solidaritätsbekundungen mit dem LFT nehmen immens zu. Die Anfeindungen lösen einen gewaltigen Ruck in unseren feministischen Reihen aus. Die Welle der Solidarität kommt von allen Seiten. Aus dem Ausland und Inland kommen moralische und finanzielle Unterstützung auch von vielen heterosexuell lebenden Frauen und Männern und zahlreichen Transsexuellen. Ihnen allen wird anhand der Verleumdungskampagne gegen das LFT bewusst, dass Frauenräume generell gefährdet sind, wenn bereits ein obendrein falscher Transphobie-Vorwurf ausreicht, um öffentliche Förderung zurückzuziehen.

Nach dem Angriff veröffentlicht das LFT-Orga-Team eine Pressemitteilung, in der unmissverständlich dargelegt wird, dass die medialen Anschuldigungen haltlos sind, jeglicher Faktenlage entbehren, in die Programm- und Personalhoheit des LFT2021 eingreifen und als »Form struktureller und psychischer Gewalt gegen Frauen und Lesben und ihre autonomen Räume« erlebt werden.<sup>73</sup>

71 Privatarchiv Barz, Brief des Sprechendenrats an Luk vom 12.5.2021.

72 Privatarchiv Barz, Schreiben der LuK an Sprechendenrat vom 31.5.2021.

73 Statement der Orga-Teams des LFT vom 29.4.2021, <https://lft2021.de/statement-der-orga> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

Spontan entsteht aus der Lesben-Community heraus ein Solidaritätsappell. Innerhalb weniger Tage stellen sich 265 Frauen mit vollem Namen schützend vor das LFT. Sie alle erleben die Kampagne »als Angriff auf die Werte und Geschichte der Frauen- und Lesbenbewegung«.74 Das erste virtuelle LFT trotz diesen Angriffen und wird ein großer Erfolg. Fast 1.000 Frauen nehmen daran teil. Ich werde gebeten, die Eröffnungsrede zu halten, und bin stolz, Teil dieser feministisch lebendigen Lesbenkultur zu sein.75

## 8. Ende des Irrweges der LSBTTIQ-Community?

Im Schreckensjahr 2021 folgen weitere markante Ereignisse, die allesamt zeigen, dass jegliche Kritik am Selbstbestimmungsgesetz von Teilen der LSBTTIQ-Aktivistinnen und Aktivisten lautstark abgewehrt wird.76 Mit der Bundestagswahl im September 2021, die zur Ampelkoalition führt, verschärft sich der transaktivistische Ton in den sozialen Medien. Dort werde ich in einem Atemzug mit J.K. Rowling und Alice Schwarzer als »Transhasserin« verunglimpft und in die Nähe der AfD und Alice Weidel gerückt.77 In den Bundestag zieht über einen Frauenlistenplatz der Grünen Markus Ganserer ein; er ist körperlich und personenstandsrechtlich ein Mann und wird aufgrund seiner Selbstaussage statistisch als Frau geführt. Zahlreiche Frauen haben beim Wahlprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages Wahleinspruch eingelegt.78

74 Solidaritätserklärung für das LFT, <https://lft2021.de/solidaritaetserklaerung/> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

75 Monika Barz: Grußwort für das Opening am Samstag den 21.5.2021. In: Guth/Bischoff (Hg.): OutSisters (wie Anm. 57), S. 31-35.

76 Ein Mitarbeiter der Grünen versucht im August 2021 durch Protestaktion seinen Kreisverband wachzurütteln. Im September wird er freigestellt, im Dezember ist er arbeitslos. Vgl. Lisa Welzhofer: Protestaktion in Reutlingen. Grünen-Mann kandidiert auf Frauenquotenplatz. In: Stuttgarter Zeitung vom 1.9.2021, <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.aus-protest-gegen-die-haltung-seiner-partei-gruener-mann-kandidierte-auf-frauenquotenplatz.3f247d6a-6ff3-4f67-a6de-7aae7299b44b.html?reduced=true> [letzter Zugriff am 27.10.2022]; Chantal Louis: Grüner Mann entlassen. In: emma.de vom 6.10.2021, aktualisiert am 27.10.2021, <https://www.emma.de/artikel/gruener-mann-entlassen-338959> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

77 Vgl. Christine Löhner: »Get over it!« – Eine Initiative der VDGE e.V. vom 16.12.2021, <https://www.vdge.org/2021/12/16/get-over-it-eine-initiative-der-vdge-e-v> [letzter Zugriff am 27.10.2022]; Queer.de vom 16.12.2021: »Get over it!«: Transverein startet Aktion gegen transphobe Feministinnen, [https://www.queer.de/detail.php?article\\_id=40723](https://www.queer.de/detail.php?article_id=40723) [letzter Zugriff am 27.10.2022].

78 Vgl. Geschlecht zählt, <https://geschlecht-zaehlt.de/wahl-2021-frauen-erheben-einspruch> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

Im Jahr 2022 ist keine Versachlichung in Sicht. Im Gegenteil, die Hast und die Personalauswahl, mit der die neu gewählte Regierung ein Selbstbestimmungsgesetz umzusetzen plant, behindern eine rationale öffentliche Debatte. Zum 1. Januar 2022 wird das Amt eines Queer-Beauftragten im Range eines Parlamentarischen Staatssekretärs geschaffen.<sup>79</sup> Ihm werden jährlich 70 Millionen Euro zur Verfügung stellt, mit denen in großem Umfang Organisationen und Projekte Aussicht auf Unterstützung erhalten, die umso vehementer dafür eintreten, dass das Geschlecht gemäß Koalitionsvertrag »grundsätzlich per Selbstauskunft« festzulegen sei.<sup>80</sup> Ihre Stimmen sind medial präsent, selbst wenn sie nur kleine Gruppen präsentieren. Sven Lehmann, der neu ernannte Queer-Beauftragte der Bundesregierung, trägt durch seine Wortwahl zur Eskalation bei. Er benutzt Worte wie »Queer- und Transfeindlichkeit« gegenüber einer besorgten Mutter, die sich in einem Offenen Brief an ihn wendet und auf die erschreckende Zunahme von Transitionswünschen bei Jugendlichen verweist.<sup>81</sup>

In diesem Jahr entsteht gesellschaftlich eine Stimmung, wonach eine »Selbstbestimmung von Geschlecht« selbstverständlich zu sein hat und eine gefühlte Geschlechtsidentität juristisch relevanter sei als Biologie und Körper. Die Einzige, die von einer Identitätspolitik zu profitieren scheint, ist – neben der Pharmaindustrie – die AfD, die dankbar die Vorlagen zum politischen Elfmeter aufgreift und Applaus von ihren rechtsradikalen Milieus erhält, wenn sie die Geschlechterpolitik der Regierung öffentlich anprangert. Ich bekomme Angst um unsere Demokratie. Innerhalb meines eigenen Netzwerks LSBTTIQ habe ich die Hoffnung auf sachorientierte inhaltliche Auseinandersetzung auch offiziell aufgegeben. Im Sommer 2022 teile ich LuK und Sprechendenrat mit, mich als LuK-

79 Vgl. Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie, Jugend (BMFSFJ) (2022): Queer-Beauftragter der Bundesregierung, <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/ministerium/behoerden-beauftragte-beiraete-gremien/queer-beauftragter-der-bundesregierung-194278> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

80 Diana Zinkler: Queer-Beauftragter: Ein Kind soll vier Eltern haben dürfen. Berliner Morgenpost vom 14.1.2022, <https://www.morgenpost.de/politik/article234309357/Queer-Beauftragter-Wie-Familie-in-Deutschland-aussehen-kann.html> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

81 Stefanie Moers: Offener Brief an Sven Lehmann. In: Emma 4/2022, S. 53, <https://www.emma.de/artikel/offener-brief-an-queerbeauftragten-sven-lehmann-339351> [letzter Zugriff am 27.10.2022]; Martin Schlorke: Queer-Beauftragter teilt Beitrag, der Evangelikale mit Faschisten gleichsetzt. In: Pro. Das christliche Medienmagazin vom 14.4.2022, <https://www.pro-medienmagazin.de/queer-beauftragter-teilt-beitrag-der-evangelikale-mit-faschisten-gleichsetzt> [letzter Zugriff am 27.10.2022].

Delegierte nicht mehr aktiv einzubringen und so nicht »durch ein Veto die Entscheidungsprozesse des Netzwerkes zu verzögern«. <sup>82</sup>

Ich engagiere mich weiterhin in Frauenbündnissen. Die lebendige Vielfalt von lesbischen und heterosexuellen Frauen und Müttern, die ihre Kraft zum Widerstand gegen Self-ID-Gesetze aus fundierten feministischen Analysen und ihrem körperlich erlebbaren Frausein schöpfen, stärken mich. Nach und nach kommt wieder Hoffnung in mir auf. Publikationen mit Breitenwirkung aus den feministischen Reihen ermutigen mich. <sup>83</sup> Während 70 Parteimitglieder der Grünen parteiintern Diffamierungen hinnehmen müssen, weil sie auf dem Bundesparteitag über das Selbstbestimmungsgesetz diskutieren wollten, bekommen sie Rückenwind von demonstrierenden Frauen vor den Toren des Parteitages in Bonn. Das geplante Selbstbestimmungsgesetz scheint Ende 2022 dazu beizutragen, dass eine neue Frauenbewegung losgetreten wird, die auf zahlreiche Verbündete zählen kann. <sup>84</sup>

Ich habe diesen Text, diese Dokumentation verfasst und meine eigenen Irrwege und Blindheiten ebenso wie die der LSBTTIQ-Community offenlegt, weil selbstkritische Reflexion die Basis ist, um politische Prozesse rund um die vermeintliche Selbstbestimmung von Geschlecht einordnen und verändern zu können. Ich weiß, ich stehe mit meinen eigenen Irrwegen nicht allein. Ich sehe heute insbesondere in aufgeklärten demokratischen Milieus von Hochschulen, Politik, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Medien viele Männer und Frauen, die blindvertrauend das identitätspolitische Narrativ vom »falschen Körper« übernehmen. Sie applaudieren vorschnell allem, was liberal und tolerant klingt und gern mit einem Hauch des Schrillen und Unkonventionellen versehen wird. Vielleicht macht dieses Dokument meiner Irrwege ihnen Mut, ihr bisheriges Verhalten in Frage zu stellen, genauer nachzufragen und sich in kritische Debatten einzubringen.

82 Privatarchiv Barz, E-Mail von Monika Barz an LuK und zwei Vertreterinnen des Sprechendenrats vom 12.7.2022.

83 Vgl. Eva Engelken: Trans\*innen? Nein, danke! Warum wir Frauen einzigartig sind und bleiben. Mönchengladbach 2022; Alice Schwarzer/Chantal Louis (Hg.): Transsexualität. Was ist eine Frau? Was ist ein Mann? Eine Streitschrift. Köln 2022.

84 Vgl. Chantal Louis: Das geht so gar nicht! In: Emma 6/2022, S. 58-63.